

Antragsbereich D: Demokratie und Kampf gegen Rechts

Antrag D1_13/2

D1_13/2 Resolution: Jetzt aber wirklich - Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Deutschen Burschenschaft herbeiführen!

Der SPD-Bundesparteitag hat am 14.11.2013 beschlossen, einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Deutschen Burschenschaft (DB) herbeizuführen. Der Parteivorstand der SPD wurde dazu aufgefordert, die Mitgliedschaft in Burschenschaften, die der Deutschen Burschenschaft angehören, mit einer Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für unvereinbar zu erklären. Wir Juso-Hochschulgruppen begrüßen diesen - einstimmigen - Beschluss der SPD ausdrücklich. Wir fordern nun:

Erstens: Den Beschluss jetzt wirklich umsetzen!

Dieser Beschluss muss jetzt auch umgesetzt werden. Bereits 2005 hat der SPD-Bundesparteitag beschlossen, die Mitgliedschaft in einer studentischen Burschenschaft oder in einem Corps grundsätzlich für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD zu erklären. Doch damals folgte durch den SPD-Parteivorstand nur die Abgrenzung gegenüber den Burschenschaften der Burschenschaftlichen Gemeinschaft. Ein solcher Rückzieher darf sich nicht wiederholen - der Leipziger Parteitagsbeschluss muss ohne Wenn und Aber umgesetzt werden. Eine „Rücksichtnahme“ auf Mandatsträger*innen und andere Parteimitglieder darf es nicht geben.

Zweitens: Burschenschaften weiterhin konsequent entgegentreten!

Eine Unvereinbarkeit mit der Mitgliedschaft in der SPD heißt nicht, dass wir uns jetzt zurücklehnen können. Rechtes Gedankengut findet sich in der Gesellschaft und an Hochschulen. Deshalb gilt: Burschenschaften und ihre Ideologie müssen vor Ort weiterhin bekämpft werden. Rassismus, Antisemitismus, Revanchismus, Sexismus und Homophobie dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz finden! Dabei gilt unsere Solidarität auch den Genoss*innen in Thüringen, wo in Eisenach auf der Wartburg alljährlich der sog. Burschentag stattfindet. Wir stellen uns rechtem Gedankengut entgegen, wo es uns begegnet!

Drittens: Aufklärungsarbeit über „Neue Rechte“ leisten!

Burschenschaften suchen auch den Anschluss zur „Neuen Rechten“. Bereits zum zweiten Mal fand der sog. „Zwischentag“ statt, eine Messe für „intellektuelle Rechte“. Mit dabei waren unter anderem: das islamfeindliche Internetportal „politically incorrect“, die „Identäre Bewegung“, die Berliner Burschenschaft Gothia, das „Institut für Staatspolitik“ und auch NPD-Funktionäre. Wir müssen daher deutlich machen: Burschenschaften und die „Neue Rechte“ sind nicht harmlos!

Viertens: Studentenverbindungen und Burschenschaften entschieden ablehnen!

Wir lehnen nicht nur Burschenschaften, sondern alle Studentenverbindungen und Corps entschieden ab. Uns ist dabei eine differenzierte Kritik wichtig. So gibt es bspw. schlagende und nicht-schlagende, farben tragende und nicht-farben tragende Verbindungen. Jedoch eint alle Studentenverbindungen das Lebensbundprinzip, das Festhalten an überkommenen Traditionen, die

Ungleichbehandlung der Geschlechter und Diskriminierung gesellschaftlicher Gruppen. Dazu kommt oft die fehlende klare Abgrenzung von geschichtsrevisionistischen Meinungen und rechtem Gedankengut. Der Parteivorstand sollte den aktuellen Beschluss daher auch zum Anlass nehmen, weitergehende Unvereinbarkeiten zu beschließen!